



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

en	SR	SM	FK					
Datum	12. XII	13. 12	/					13. 12
Visa	ja	n	/					FK
EPD				12. Dez. 1961				
Ref.				p. B. 75. A. 3.				

KOLN-Bayenthal, den

Dezember 1961

Bayenthalgürtel 15
Telephon: 38 14 41

Ref.: G.41.04. - HA/sch

Vertraulich!

B e r l i n

Abteilung für
Politische Angelegenheiten
des Eidg. Politischen Departements

B e r n

Herr Botschafter,

Wie bereits gemeldet, sind die Pressesachbearbeiter^{*} der benachbarten Länder der Bundesrepublik zu einer Berlinreise eingeladen worden, an der auch der schweizerische Presseattaché teilnahm. Es wurde die übliche Besichtigungstour durchgeführt, bei der ein wichtiger Programmpunkt die Sektorenmauer bildete. Ausserdem konnten die Gäste der Einvernahme eines kurz vorher Geflohenen im Flüchtlingslager Marienfelde beiwohnen, wo auch eine eingehende Orientierung über das Flüchtlingswesen gegeben wurde.

Aus den bei diesem Anlass erhaltenen Informationen mag folgendes politisch von Interesse sein:

1) Berlinkrise

Dr. Egon Bahr, der Pressechef des Berliner Senats und wichtiger politischer Ratgeber Brandts - es heisst, er habe den Bürgermeister für die Wahlkampagne aussenpolitisch "montiert" -, erklärte zum Thema der Berlinverhandlungen, wenn es nach ihm (und wohl auch Brandt) ginge, würde überhaupt nicht verhandelt. Es sei nämlich nicht einzusehen, was der Westen dabei zu gewinnen habe. Insbesondere wenn über Berlin isoliert verhandelt werden soll, habe man eine viel zu kleine Verhandlungsmarge. Im Kartenbüschel des Westens befänden sich überhaupt keine guten Trümpfe. Da sich die Sowjets durch den Ueberraschungscoup vom 13. August bereits das erste Planziel mit Gewalt vor-

* der Botschaften



- 2 -

weggenommen hätten und dieses wohl kaum noch aufgeben, käme es höchstens auf die Erhaltung des "Status quo minus" heraus. Da aber auf die westliche öffentliche Meinung, auf die Angst vor dem Atomkrieg Rücksicht genommen werden müsse, sei ein Verhandlungsversuch nicht zu umgehen. Dabei sollte man in Anlehnung an die Ideen Kennedys pragmatisch danach trachten, auf begrenzten praktischen Sachgebieten eine Verständigung zu erzielen, wobei vor allem ein unkontrollierter Zugang der Alliierten und der Bundesrepublikaner nach Berlin vertraglich gesichert werden sollte. Prinzipielle Probleme der deutschen Frage, die Wiedervereinigung, die Oder-Neisse-Linie usw., aufzugreifen, habe wenig Aussicht auf Erfolg. Wenn man aber von isolierten Berlinverhandlungen spreche, sei dies ein missverständliches "Spiel mit Vokabeln"; es sei doch klar, dass eine absolute Loslösung der Berlinfrage nicht ratsam und auch nicht möglich sei. Es gehe lediglich darum, in der akutesten Frage, der Erhaltung Westberlins, einen ersten Verhandlungstest zu unternehmen. Dr. Bahr liess jedenfalls unverhohlen durchblicken, dass man in Berlin und auch in SPD-Kreisen die Version der blossen Berlingespräche nicht gerne sieht. Auch gab er zu verstehen, dass die Exekutive Berlins mit der in Bonn neuerdings vertretenen offiziellen Meinung über die Verhandlungen nicht ganz einverstanden ist, ein Faktum, das nicht gerade zur Geschlossenheit der westlichen Front, wo sich ohnehin ausserhalb Deutschlands schon Divergenzen ergeben, beitragen dürfte.

Dr. Bahr machte auch kein Hehl daraus, dass der Westen am 13. August versagt habe. Man wisse heute zuverlässig, dass die Kommunisten bei der Abschliessung des Sektors ihrer Sache keineswegs sicher gewesen seien und für den Fall, dass alliierte Gegenzüge - z.B. Eingriff militärischer Einheiten - erfolgt wären, ausdrücklich Befehl hatten, nicht zu schliessen, sondern zu beschwichtigen und zu verhandeln. Da erst nach zu langer Zeit milde, papierene Proteste erfolgt seien, hätten sich die Machthaber in Pankow ermutigt gefühlt und die Absperrung

./.

- 3 -

weiterbetrieben. Es blieb im übrigen auch nicht verborgen, dass die Leute um Willy Brandt die Zurückhaltung des Bundeskanzlers nach dem 13. August missbilligten.

Für die weitere Berlinpolitik erachte es Bahr als wichtig, dass die politische und vor allem die wirtschaftliche Vitalität der Grosstadt mit allen Mitteln erhalten bleibt. Es müsse klar bewiesen werden, dass Berlin lebensfähig sei. Vor einer "Hypertrophie der Mauerpropaganda" solle man sich hüten, da sonst leicht der Eindruck entstehen könne, dieser Schachzug der Kommunisten sei der Anfang vom Ende Berlins. Die Stadt könne jedoch auch ohne den Ostsektor gut weitervegetieren. Im übrigen sei der Grossteil der Berliner noch zuversichtlich. In der Tat sei man auch im äussersten Krisenfälle in Berlin sicherer vor Atombomben als in Paris oder Moskau, da die beiden Weltmächte kaum solche Zerstörungsmittel auf ihre eigenen Truppen an der Demarkationslinie werfen würden.(?)

In privaten Gesprächen mit einem Berliner Anwalt erhielt ich allerdings ein weniger positives Bild von der Stimmung in Berlin. Viele Exponenten des Wirtschaftslebens, z.B. im Siemens-Konzern, hätten bereits das Weite gesucht und die Absatzbewegung der oberen Zehntausend sei in vollem Gange.

2) Flüchtlingsfragen

Mit Einschluss der kriegsmässig bedingten Verschiebungen und Deportationen sind nach Angaben des Leiters des Aufanglagers Marienfelde seit 1945 16 Millionen Deutsche disloziert worden. Davon fanden 2 Millionen den Tod. 9,5 Mio befinden sich in der Bundesrepublik und 2 Mio in der DDR, der Rest in Oesterreich und anderen Ländern.

Die politischen Flüchtlinge sind erst ab 1949 registriert worden. Aus der DDR sind bis heute 3,7 Mio in die Bundesrepublik geflohen. Es betraf hauptsächlich die Intelligenz und die Facharbeiter. Interessant ist die Feststellung, dass 50 % der Geflohenen im Alter unter 25 Jahren waren. Der Lager-

- 4 -

leiter schliesst daraus, dass es den Ulbricht-Leuten keineswegs gelungen sei, die Jugend zu gewinnen, im Gegenteil, aus den Befragungen habe sich immer wieder ergeben, dass die Mehrzahl der Jugendlichen, die sich mehr für Technik und wirtschaftliches Fortkommen interessieren, vom neuen System nichts wissen wolle.

Was die Fluchtbewegung in die Gegenrichtung anbelangt, falle auf 10 Flüchtlinge aus dem Osten 1 Westflüchtling. Viele der letzteren kehren jedoch nach einiger Zeit wieder in den Westen zurück.

Aus den Befragungen werden auch viele Informationen über die unhaltbaren Zustände in der DDR gewonnen. Die Stimmung sei nahe am Siedepunkt; mit einem organisierten Grossaufstand, der in jedem Falle vermieden werden sollte, sei aber nicht zu rechnen, da das Beispiel Ungarn eine abschreckende Wirkung gehabt habe.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER

i.A.



Kopie geht an:

Abteilung für Internationale Organisationen
Schweizerische Delegation Berlin